



Nr. 39

4. November 2021

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde 2021

[Silberbach: „So fährt die TdL die Verhandlungen vor die Wand“](#)

Bürokratieabbau und Digitalisierung

[Nur ein funktionierender Staat sichert Frieden und Wohlstand](#)

dbb senioren

[13. Deutscher Seniorentag zum Thema „Smart wohnen“](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Angemessene Alimentation: Muster zur Sicherung von Ansprüchen](#)

Sachsen-Anhalt

[Spitzengespräch mit Innenministerin Tamara Zieschang](#)

Hessen

[Sondervermögen gescheitert – neues Corona-Paket gefordert](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[Referendariat soll keinesfalls verkürzt werden](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Fatales Signal: Pilotprojekt „Schulgesundheitsfachkräfte“ wird eingestellt](#)

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

[Bundesagentur für Arbeit: Homeoffice soll auch nach Corona möglich sein](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2021

Silberbach: „So fährt die TdL die Verhandlungen vor die Wand“

„Das waren zwei verlorene Tage und wenn die Finanzminister der Länder so weitermachen, fahren sie die Verhandlungen komplett vor die Wand.“ Mit diesen Worten kommentierte dbb Chef Ulrich Silberbach das ‚Nicht-Ergebnis‘ der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder am 2. November 2021 in Potsdam.

„Während die Ministerpräsidenten bei jeder Gelegenheit öffentlich Respekt und Wertschätzung für die Leistung der Kolleginnen und Kollegen betonen, blockieren Reinhold Hilbers und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hier alle konkreten Verhandlungsschritte“, so der dbb Bundesvorsitzende. Weder bei den strukturellen Fragen noch bei der linearen Komponente sei man weitergekommen. „Die Inflation steigt, die Arbeitsbelastung steigt, der Frust der Kolleginnen und Kollegen über die TdL-Blockade steigt. In den nächsten Tagen werden deshalb auch Frequenz und Dauer unserer Warnstreiks steigen müssen. Das hätten wir dem Land gerne erspart.“

Besonders ärgerlich sei die Arbeitgeberhaltung gegenüber den eklatanten Problemen im Gesundheitsbereich, ergänzte der dbb Tarifchef Volker Geyer: „Hier sieht die TdL überhaupt keinen Handlungsbedarf und spricht von einer zeitlich begrenzten Corona-Belastungsspitze. Statt die immer wieder geforderte Stärkung der Pflege jetzt endlich am Verhandlungstisch umzusetzen, wird das ganze Thema kalt blockiert, zu Lasten der Beschäftigten und der Patientinnen und Patienten. Das ist unerhört.“

„Die übliche Blockadehaltung der Arbeitgeber nervt nur noch“, ärgerte sich auch dbb Jugendchefin Karoline Herrmann. „Das Jammern über den Fachkräftemangel ist überall zu hören, aber wenn es darum geht, Geld in die Hand zu nehmen und den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen, sind die Arbeitgeber plötzlich mucksmäuschenstill. Wie sie so den öffentlichen Dienst fit für die Zukunft und attraktiv für Nachwuchskräfte machen wollen, bleibt ihr Geheimnis. Aber das Schweigen überlassen wir den Arbeitgebern. Wir als dbb Jugend werden jetzt richtig laut und fordern endlich ein konkretes Angebot der Arbeitgeberseite. Das hat auch etwas mit Wertschätzung zu tun.“

Bereits im Vorfeld der zweiten Verhandlungsrunde hatte dbb Chef Silberbach gewarnt: „Die Zeit läuft uns davon, bei den Verhandlungen genauso wie bei der Stärkung des öffentlichen Dienstes. Statt konkret darüber zu sprechen,

wie wir die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auf einem immer härter umkämpften Arbeitsmarkt stärken, belasten sie die Gespräche mit Forderungen nach substantieller Verschlechterung der Bezahlung wie etwa der Neubewertung des Arbeitsvorgangs. Der TdL-Verhandlungsführer Hilbers und die ganze Tarifgemeinschaft deutscher Länder sollten sich langsam klar machen, dass mindestens ein Drittel ihrer Beschäftigten in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand gehen. Der Personalmangel der Länder wird sich also radikal verschlimmern. Geld, das sie jetzt nicht in eine attraktive Bezahlung investieren, werden die Landesfinanzministerinnen und -finanzminister bald drei- und vierfach in Nachwuchswerbung und Einstiegsprämien stecken müssen.“

Auch im Interview mit der Welt am Sonntag (Ausgabe vom 31. Oktober 2021) hatte Silberbach das Problem bereits angesprochen. „Wir befinden uns in einem Kampf um Talente und haben dabei nur stumpfe Waffen. Attraktive Bezahlung, Digitalisierung, Weiterbildung – da haben wir nichts anzubieten. Und die Arbeitgeber verweigern Lösungen.“ Als konkretes Beispiel nannte Silberbach die Situation der Beschäftigten im Gesundheitsbereich: „Wir wollen von den Arbeitgebern eine konkrete Zusage, dass wir an einem Extra-Tisch über die Löhne und Arbeitsbedingungen dort verhandeln.“ 300 Euro pro Monat mehr sollen die Beschäftigten hier nach dem Willen der Gewerkschaften mindestens erhalten. Für Pflegehelfer zum Beispiel entspräche das einem Plus von bis zu 12,8 Prozent. „Die Personalsituation ist hier besonders kritisch“, argumentiert der dbb Chef. „Der Gesundheitsminister reist inzwischen durch fremde Länder, um Beschäftigte zu gewinnen. Und private Arbeitgeber werben mit Prämien von bis zu 15.000 Euro, um Leute aus dem öffentlichen Dienst abzuwerben.“ Hier müssten kurzfristig deutliche Verbesserungen erreicht werden.

Als direkte Reaktion auf die Blockade der Arbeitgeber versammelten sich am 3. November 2021 in Hamburg die Beschäftigten des Justizvollzugs, um ihre Forderung zu untermauern. „Die Arbeitgebenden haben uns gestern bei

der zweiten Verhandlungsrunde klar zu verstehen gegeben, dass sie weiter alle wesentlichen Forderungen von uns abschmettern wollen. Schlimmer noch: Sie starten über Änderungen beim sogenannten ‚Arbeitsvorgang‘ sogar einen Angriff auf die Bezahlung durch die Hintertür. Das ist skandalös und das werden wir nicht durchgehen lassen“, erklärte dbb Tarifchef Volker Geyer erneut.

René Müller, Bundesvorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschland (BSBD), machte seinen Ärger über die Finanzminister deutlich: „Die Bundesländer haben eine Fürsorgepflicht gegenüber ihren Beschäftigten. Doch statt ihrer Verantwortung gerecht zu werden, stellen sie sich wie trotzig Kinder in die Ecke und sagen einfach nur ‚Nein!‘. So lassen wir mit uns aber nicht umgehen, Kolleginnen und Kollegen. Wir erwarten einen fairen Tarifabschluss. Und wir erwarten, dass er auf

die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten übertragen wird.“

Hintergrund

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern für die Beschäftigten der Länder unter anderem eine Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 5 Prozent, mindestens um 150 Euro monatlich (im Gesundheitswesen mindestens 300 Euro) sowie eine Erhöhung der Azubi-/Studierenden/Praktikantinnen/Praktikanten-Entgelte um 100 Euro. Von den Verhandlungen betroffen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Die dritte Verhandlungsrunde ist für den 27./28. November 2021 in Potsdam geplant.

Bürokratieabbau und Digitalisierung

Nur ein funktionierender Staat sichert Frieden und Wohlstand

Nur ein funktionierender Staat sichert Frieden und Wohlstand, macht dbb Chef Silberbach im „Behördenpiegel“ deutlich und hat einen klaren Auftrag für die neue Bundesregierung.

„Es braucht ein Sofortprogramm für einen funktionierenden Staat. Für einen Staat, der wieder wahrhaftig und greifbar an der Seite seiner Bürgerinnen und Bürger steht. Für einen Staat, der seinen Beschäftigten ein Arbeitsumfeld bietet, das sie handlungsfähig macht – angefangen bei praxistauglichen Rechtsgrundlagen über eine aufgabengerechte Personal- und Sachmittelausstattung bis hin zu moderner, agiler und digitaler Verwaltungsgestaltung“, schreibt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach in einem Gastbeitrag für den „Behördenpiegel“ (Ausgabe vom 3. November 2021). Die neue Bundesregierung müsse die Reformbemühungen auf allen Ebenen des Staatswesens vorantreiben. „Es geht grundsätzlich um bessere Organisation, Digitalisierung und Rechtsetzung“, so Silberbach.

Der dbb Chef drängt auf Eile: „Deutschland steuert auf eine grundsätzliche Vertrauenskrise zwischen Staat und Bevölkerung zu. Die Menschen verlieren ihren Glauben daran, dass ihr Staat, den sie ideell und materiell tragen, für ihr Wohlergehen Sorge trägt. Die Menschen verlieren ihren Respekt gegenüber diesem Staat, der sie immer öfter enttäuscht – nicht

nur in Krisenzeiten, sondern vor allem im laufenden Betrieb: Wenn Betreuung und Bildung leiden, wenn Sicherheit und Infrastruktur in manchen Gegenden einfach nicht mehr gegeben sind. Wenn ein Termin erst in einem halben Jahr in Sicht ist, wenn im digitalen Zeitalter noch immer reichlich Papier, aber ansonsten eher wenig bewegt wird.“ Solche negativen Erfahrungen von Staatshandeln führten zu einer zunehmenden Entsolidarisierung und eskalieren immer häufiger in Gewalt gegenüber den Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staats. „Wir erleben sozusagen die Rache der schwarzen Null. Der Qualität von Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und Kultur haben Privatisierung und Wettbewerb überhaupt nicht gutgetan. Jeder Mensch in Deutschland sollte sich eigentlich darauf verlassen können, dass der öffentliche Dienst überall gleich gut da ist. Dem ist aber nicht mehr so, und aus diesem Missstand ergibt sich ein klarer Handlungsauftrag an die Politik“, macht der dbb Chef deutlich.

Einen großen Wurf brauche das Land insbesondere beim Bürokratieabbau, denn unter der Überregulierung litten Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Beschäftigten in den Behörden

und Verwaltungen. Letztere seien mit Blick auf die Stellschrauben der Entbürokratisierung die „Leute vom Fach“, die es stark einzubeziehen gelte: „Die wahren Bildungsexperten sind die Lehrenden, die täglich erleben, wie Bildungspolitik bei den Lernenden ankommt. Eine Kollegin oder ein Kollege aus der Finanzverwaltung erkennt, ob eine das Fachgebiet betreffende Änderung der Gesetzgebung Sinn macht oder eben nicht. Ebenso können dies die Ex-

pertinnen und Experten vom Zoll, von der Polizei oder aus dem Bauamt. Daher wäre es ein gewinnbringender Schritt, diesen Sachverständigen endlich institutionell in den legislativen Prozess einzubeziehen. Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags kennt ein Anhörungsgebot für die kommunalen Spitzenverbände – warum nicht auch für die Spitzenverbände des öffentlichen Dienstes, in denen sich die Verwaltungsspezialisten organisieren“, regt Silberbach an.

dbb senioren

13. Deutscher Seniorentag zum Thema „Smart wohnen“

Die dbb bundesseniorenvertretung ist vom 24. bis 26. November 2021 auf dem 13. Deutschen Seniorentag in Hannover vertreten. Veranstalter ist die BAGSO - Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen zusammen mit ihren Mitgliedsverbänden. Unter dem Motto „Wir. Alle. Zusammen.“ bieten 150 Einzelveranstaltungen Information, Austausch und Unterhaltung zu allen Fragen des Älterwerdens.

Der 13. Deutsche Seniorentag 2021, den Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit einer Rede eröffnen wird, möchte ein Zeichen für einen starken Zusammenhalt zwischen den Generationen und gesellschaftlichen Gruppen setzen. Er ruft dazu auf, gemeinsam gute Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen wie den demografischen Wandel, die Digitalisierung und den Klimaschutz zu finden.

Die dbb bundesseniorenvertretung führt am 24. November 2021 von 14.30 bis 16.00 Uhr im Raum Future Meeting Space A des Hanno-

ver Congress Centrum eine Impulsveranstaltung mit Diskussion zum Thema „Smart wohnen – aber sicher!“ durch: Spätestens mit der COVID-19-Pandemie ist die Digitalisierung auch im Alltag älterer Menschen angekommen. Dennoch gibt es weiterhin Ängste und Vorbehalte gegenüber der digitalen Technik. Mit der Veranstaltung sollen die Erleichterungen und Möglichkeiten durch digitale Assistenzsysteme in den eigenen vier Wänden älteren Menschen und ihren Angehörigen nahegebracht werden. Der von vielen gewünschte Verbleib in der eigenen Wohnung wird damit erleichtert.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Angemessene Alimentation: Muster zur Sicherung von Ansprüchen

Zur Sicherung möglicher Ansprüche auf eine höhere (Grund-) Besoldung und Versorgung empfiehlt der DBB NRW den Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfängern, diese auch im Jahr 2021 schriftlich geltend zu machen.

In der Folge zweier wegweisender Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) aus dem Jahr 2020 zur Frage der amtsangemessenen Alimentation zur „Grundbesoldung“ einerseits und zu den kinderreichen Beamtenfamilien andererseits hat der DBB NRW mehrfach über mögliche Auswirkungen berichtet. Zudem

habe man am 28. Oktober 2020 die Betroffenen bereits dazu aufgerufen, mögliche Ansprüche für das Jahr 2020 schriftlich gegenüber der zuständigen Bezugsstelle geltend zu machen (und dafür entsprechende Muster zur Verfügung gestellt).

Im September 2021 hat der Landtag nun ein Gesetz zur Anpassung der Alimentation kinderreicher Familien verabschiedet, mit dem die Familienzuschläge ab dem dritten Kind deutlich erhöht werden. Damit gilt für diese Besoldungsbestandteile, dass betroffene Familien für das Jahr 2021 nichts weiter unternehmen müssen, um die im Gesetz vorgesehenen höheren Zuschläge ab dem dritten Kind zu erhalten.

Allerdings wurde die zweite Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur allgemeinen Besoldung („Grundbesoldung“) in Nordrhein-Westfalen noch nicht umgesetzt. Nach den weiterhin aktuellen Informationen des DBB NRW prüft das Finanzministerium, ob und ggf. welche Anpassungserfordernisse sich aus dieser Entscheidung ergeben.

Der DBB NRW kann aber nicht absehen, ob beziehungsweise für wen sich im Falle einer

möglichen Änderung der Grundbesoldung höhere Besoldungsansprüche ergeben könnten. Allerdings muss für diesen Fall damit gerechnet werden, dass der Gesetzgeber mögliche Nachzahlungen davon abhängig macht, dass die Betroffenen ihre Ansprüche rechtzeitig geltend gemacht haben. Der DBB NRW empfiehlt deshalb für das Jahr 2021 allen Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfängern in NRW, rechtzeitig ihren Anspruch auf die amtsangemessene (Mindest-) Alimentation schriftlich geltend zu machen und hat dafür unter www.dbb-nrw.de erneut einen entsprechenden Musterantrag bereitgestellt.

Eine Rechtsschutzgewährung durch den DBB NRW für seine Mitglieder ist angesichts der Anzahl der Fälle allerdings erneut nicht möglich.

Sachsen-Anhalt

Spitzengespräch mit Innenministerin Tamara Zieschang

Am 1. November 2021 haben sich dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck und sein Erster Stellvertreter Ulrich Stock mit Innenministerin Tamara Zieschang (CDU) zu einem ersten Arbeitsgespräch.

Themen waren die derzeitigen Tarifverhandlungen der Länder sowie die im Koalitionsvertrag der Landesregierung festgeschriebenen Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes. „Den öffentlichen Dienst in den nächsten fünf Jahren mit mehr Personal, mit der Beibehaltung des Homeoffice und einer attraktiven Vergütung und Besoldung moderner, attraktiver und leistungsfähiger zu gestalten, sind richtige Feststellungen, aber die Lösungsansätze sind uns nicht konkret genug“, sagte Ladebeck zu den geplanten Vorhaben.

Die Koalition habe zwar festgestellt, dass das Rückgrat des öffentlichen Dienstes sein Personal sei, aber dies werde im Koalitionsvertrag nicht für alle Bereiche der Landesverwaltung deutlich. So sollen zwar die Stellen im Polizeivollzug auf 7 000 und in der Polizeiverwaltung

auf 1.100 Stellen erhöht und es ist beabsichtigt, mehr Lehrer einzustellen. Doch um die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung in Sachsen-Anhalt sicherzustellen, müsse auch mehr Personal für die Allgemeine und Fachverwaltung vorgehalten werden.

Positiv sehen Ladebeck und Stock die Bemühungen des Innenministeriums für eine gut konzipierte und für alle Ressorts verwendbare Initiative für die Nachwuchsgewinnung. Überlegungen zum Aufbau einer Arbeitgebermarke und die aktuellen ersten Umsetzungsschritte bei der Gewinnung von Auszubildenden und AnwärterInnen im Landesverwaltungsamt seien erste Schritte auf dem richtigen Weg.

Hessen

Sondervermögen gescheitert – neues Corona-Paket gefordert

Das „Sondervermögen“, mit dem die hessische Landesregierung die Folgen der Corona-Pandemie auffangen wollte, ist vor dem hessischen Staatsgerichtshof gescheitert.

Für den dbb Hessen kommt das Urteil nicht überraschend. Dass Hilfe für jene geleistet werden müsse, die durch die Pandemie in Existenznöte geraten sind, sei unstrittig. Es sei aber der Eindruck entstanden, als solle mit dem „Sondervermögen“ vielmehr ein politischer Wunschzettel erfüllt werden.

Mit Befremden hat der dbb Hessen auch die Reaktion der Landesregierung zur Kenntnis genommen. „Es sieht nicht so aus, als würden die Regierenden die richtigen Lehren aus dem Urteil ziehen“, sagt dbb Landesvorsitzender Heini Schmitt am 30. Oktober 2021. Anstatt

diese höchstrichterliche Entscheidung zu akzeptieren und entsprechend darauf zu reagieren, versuche man die sehr deutliche Ansage des Gerichts als eine Bestätigung mit kleinen handwerklichen Schönheitsfehlern umzudeuten. Dabei habe das Gericht das „Sondervermögen“ in fast allen wesentlichen Punkten für verfassungswidrig erklärt.

Von der Landesregierung erwartet Schmitt nun, endlich „Schattenboxen und Wortklaubeereien“ einzustellen und ein Corona-Paket vorzulegen, das den formalen Vorgaben entspricht.

dbb Bildungsgewerkschaften

Referendariat soll keinesfalls verkürzt werden

In Mecklenburg-Vorpommern hat Ministerpräsidentin Manuela Schwesig vorgeschlagen, das Referendariat für Lehrkräfte zu verkürzen. Vom Deutschen Philologenverband (DPHV) und dem Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) kommt deutliche Kritik.

„Eine Verkürzung des Referendariats, wie sie Manuela Schwesig anstrebt, ist eine verkappte Sparmaßnahme und wird dem Lehrermangel in keiner Weise entgegenwirken“, sagte der VDR Bundesvorsitzende und dbb Vize Jürgen Böhm am 31. Oktober 2021. Praxis, Didaktik und Methodik könnten sich im Referendariat vereinen und bildeten die Grundlage für einen qualitativ hochwertigen Unterricht. „Diese Phase zu kürzen, raubt den jungen Menschen wertvolle Zeit ihrer Ausbildung und hätte vermutlich nur den Effekt von Einsparmaßnahmen in der späteren Besoldung. Das macht den Lehrerberuf sicher nicht attraktiver, sondern verschlechterte die Situation auf lange Sicht.“

DPHV Chefin Susanne Lin-Klitzing wandte sich mit einem offenen Brief an Schwesig und machte deutlich: „Bildung braucht Zukunft und zukünftig brauchen wir mehr Lehrkräfte. Dafür aber das Referendariat zu verkürzen, ist der falsche Weg! Im Gegenteil: Wir brauchen mehr Referendariat, statt weniger! Der Deutsche Philologenverband fordert von allen Kultusministern, den bundesweiten Flickenteppich Referendariat von mittlerweile 24, 21, 18, 16 und 12 Monaten Dauer endlich auf ein gemeinsames hohes Niveau zu bringen und so zu erneuern. Wir brauchen eine anspruchsvolle Lehrerausbildung.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Fatales Signal: Pilotprojekt „Schulgesundheitsfachkräfte“ wird eingestellt

Seit Jahren kämpft der VBE für eine flächendeckende, bedarfsgerechte Einführung von Schulgesundheitsfachkräften. Ein entsprechendes Pilotprojekt in Brandenburg soll nun aber eingestellt werden.

„Dass damit jetzt einfach Schluss sein soll, ist ein fatales Signal. Es heißt nichts anderes, als

dass, wenn es darauf ankommt, immer anderes wichtiger sein wird als die Gesundheit von

Kindern und ihren Familien“, sagte der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann.

Der Haushaltsentwurf für 2022, den die brandenburgische Regierung vorgelegt hat, sieht keine weiteren Gelder für die Finanzierung des Pilotprojekts vor. Begründet wird dies damit, dass eine Ausweitung auf alle Brandenburger Schulen nicht möglich sei. Es mache demnach „wenig Sinn“, das Projekt weiterzuführen, wenn

nicht alle Kinder davon profitieren können. Beckmann: „Das entbehrt jeder Logik. Anstatt nach klugen Lösungen zu suchen, wird das Vorzeigeprojekt Deutschlands sang- und klanglos aufgegeben. Während andere Länder langsam und zaghaft nachgezogen sind und eigene Pilotprojekte aufgebaut haben, gibt Brandenburg eine Struktur auf, die ihren Nutzen mehr als bewiesen hat. Das ist ein Frevel sondergleichen.“

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Bundesagentur für Arbeit: Homeoffice soll auch nach Corona möglich sein

Der vbba-Bundeshauptvorstand hat sich am 2. November 2021 dafür ausgesprochen, dass die Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit auch zukünftig die während der Corona-Pandemie etablierten Homeoffice-Möglichkeiten in Anspruch nehmen können.

Der vbba-Bundesvorsitzende Waldemar Dombrowski sagte: „Mit sehr hohem Einsatz, enormer Flexibilität und großer Kompetenz haben die Kolleginnen und Kollegen die gewaltigen, historischen Herausforderungen gemeistert. Wir haben bewiesen, wir können Krise!“ Die ausgeweiteten Homeoffice-Möglichkeiten seien dabei ein wichtiger Erfolgsfaktor gewesen.

„In der Krise hat die BA die technischen Voraussetzungen in anerkannter Weise geschaffen. Die Kolleginnen und Kollegen haben das in sie gesetzte Vertrauen voll bestätigt. Nach den berechtigten Lobesworten müssen auf dem Weg in die BA der Zukunft nun Taten folgen“, so Dombrowski.

Namen und Nachrichten

Bei einem Arbeitsgespräch mit dem **tbb** hat der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow am 3. November 2021 die Unterstützung der Linken-Landtagsfraktion hinsichtlich der

zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten zugesagt.

Termine:

27. und 28. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde